

	<p style="text-align: center;">Wahlprüfsteine zur Landtagswahl 2016 in Rheinland-Pfalz</p>	
---	---	---

Die Landesleitung des dbb Rheinland-Pfalz hat die nachstehenden Wahlprüfsteine entwickelt. Sie wurden an die Parteien übersandt, die nach den Oktober Umfragen der demoskopischen „Sonntagsfrage“, Aussicht auf den Einzug in den rheinland-pfälzischen Landtag haben. Diese Parteien sind: CDU, SPD, Grüne, FDP und Die Linke.

Die Fragestellungen drehen sich thematisch um das Beamten- und Tarifrecht des öffentlichen Dienstes. Es geht um Ideen zur verbesserten Nachwuchsgewinnung, zur Abwehr von Gewalt gegen öffentliches Personal und um Themen der Personalentwicklung. Die Antworten der Parteien werden wir in einem der nächsten Rundschreiben veröffentlichen.

1. Das Grundgesetz schreibt vor, dass das Recht des öffentlichen Dienstes unter Berücksichtigung der hergebrachten Grundsätze des Berufsbeamtentums zu regeln und fortzuentwickeln ist.

Wie stehen Sie zum Berufsbeamtentum und wie wollen sie es weiterentwickeln?

2. Für unsere Mitgliedschaft gehört das Einkommen, gehören Besoldung und Versorgung zu den Top-Themen. Das Bundesverfassungsgericht hat mit seiner Grundsatzentscheidung zur Richteralimentation Anfang Mai 2015 eine enge Verknüpfung zwischen den Tarifierhöhungen für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer des öffentlichen Dienstes und den Anpassungen von Beamtenbesoldung und -versorgung bestätigt.

Beabsichtigen Sie, die Beamtenbesoldung und -versorgung in der kommenden Legislaturperiode zeit- und wirkungsgleichentsprechend der Tarifierhöhungen für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Landesdienst (TV-L) anzupassen?

Erteilen Sie schlechteren Regelungen - späterer Übernahmezeitpunkt oder geringeres Volumen der Anpassung - eine klare uneingeschränkte Absage?

3. Von 2012 bis 2014 einschließlich wurden Besoldung und Versorgung der Landes- sowie Kommunalbeamtinnen/-beamten jeweils nur um ein Prozent angepasst, während die Indizes der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung - wie schon öfter in der Vergangenheit - stärker stiegen. Durch diese Delle sind die Beamtinnen und Beamten in Rheinland-Pfalz im Besoldungsranking Bund/Länder auf den Abstiegsplätzen gelandet.

Sind Sie bereit, durch Nachbesserungen entsprechend des Volumens der Tarifabschlüsse für den öffentlichen Landesdienst 2012, 2013 und 2014 dafür zu sorgen, dass die Beamten und Versorgungsempfänger

einen 1:1- Ausgleich für den Rückstand erhalten?

4. Als Spitzenorganisation der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes organisieren wir auch zunehmend tarifangehörige Einzelmitglieder aus dem Landes- und Kommunaldienst, denen genauso wie den Beamten an einer fairen und auskömmlichen Bezahlung durch den öffentlichen Arbeitgeber gelegen ist.

Wie wollen Sie ein konkurrenzfähiges Entgelt der Tarifbeschäftigten des Landes in den nächsten Tarifverhandlungen sicherstellen?

5. Thema Personalausstattung: Durch den Asylbewerberzustrom wird deutlich, wie eklatant die Personaldecke des öffentlichen Dienstes auf Kante genäht ist. Zusätzliche Aufgaben erfordern zusätzliches Personal. Der demografische Wandel erschwert dabei die Nachwuchsgewinnung. Personalnot ist die Folge, Gegensteuern kostet Geld.

Wie könnte man die Nachwuchsgewinnung im öffentlichen Dienst verbessern und die Berufswahl "öffentlicher Dienst" attraktiver machen?

Welche Sofort-Maßnahmen kommen aus Ihrer Sicht für die Entlastung des gegenwärtig am Limit arbeitenden (Landes-)Personals in Betracht?

6. Immer häufiger sehen sich Angehörige des öffentlichen Dienstes bei der Erfüllung ihrer Aufgaben unterschiedlichen Formen von Gewalt ausgesetzt wie etwa Beschimpfungen, Bedrohungen oder tätlichen Angriffen. Die Zunahme von Bedrohungen und Übergriffen ist insbesondere in den Bereichen des öffentlichen Dienstes zu beobachten, die im direkten Kontakt zu Bürgerinnen und Bürgern stehen.

Welche Lösungen zum vorbeugenden Schutz vor solchen Übergriffen würden Sie etablieren?

Wie kann die Ahndung von Gewaltausübung gegen öffentliches Personal verbessert werden?

7. Der Gesetzgeber hat die Pensionsaltersgrenzen in Anlehnung an das Renteneintrittsalter heraufgesetzt; älteres Personal bleibt somit länger im Dienst.

Welche Ideen zur Etablierung altersgerechter Arbeitsplätze haben Sie für den öffentlichen Dienst?

8. Nicht übernommen hat der Gesetzgeber Maßnahmen des Rentenversicherungs-Leistungsverbesserungsgesetzes in die Beamtenversorgung. Die verbesserte Anerkennung von Erziehungszeiten für vor 1992 geborene Kinder, eine Entsprechung zur "Rente mit 63 nach 45 Beitragsjahren" und Verbesserungen bei der Erwerbsminderungsrente sind kein Bestandteil des Versorgungsrechts in Rheinland-Pfalz.

Können Sie sich eine wirkungsgleiche Übertragung der genannten rentenrechtlichen Maßnahmen in Zukunft vorstellen?

9. Das Personal wird weniger und ist älter, die Aufgaben nehmen zu. Da kommt es stark darauf an, dass das vorhandene Personal motiviert und gesund Dienst leisten kann. Betriebliches/Behördliches Gesundheitsmanagement wird deshalb immer